

Hinter Blumen versteckt: Die Befreiung des öffentlichen Raums von der Natur – Zukunftsmodell igs 2013

von Jörg v. Prondzinski

Die Gartenschau auf der Elbinsel Wilhelmsburg ist vorbei. Medial in Erinnerung geblieben ist das überraschend (?) große Defizit – das aber häufig mit dem „wunderschönen Park“ relativiert wurde, den die igs hinterlassen habe. Wer weiter zurückdenkt, wird vielleicht die ca. 5000 Bäume erinnern, deren Verlust örtliche Naturschutzaktive beklagten.

Bei näherer Betrachtung ist das allerdings nicht alles, was über die igs zu sagen ist. Aus Naturschutzsicht haben auch andere Schutzgüter massive Verluste erlitten. Darüber hinaus hat die Gartenschau auch die Funktion eines Experimentierfelds zum Umgang mit dem öffentlichen (Grün-)Raum und zur Stadtentwicklungspolitik gehabt – wobei dem Veranstaltungsformat Gartenschau gemeinhin eine große Unschuldsvermutung entgegengebracht wurde: Das Ausstellen von Blumen kann doch nichts Schlimmes sein?

Örtlichkeit und Vorlauf

Dieser erste Textteil dient dem tieferen Verständnis der Gartenschau. Ohne das ‚Setting‘ sind manche Aspekte der igs 2013 nur schwer einzuordnen. Der angerichtete Umweltschaden hat einen politischen Hintergrund.

Nach der Sturmflut 1962 hat Wilhelmsburg eine Karriere zu einem typischen Problemstadtteil gemacht: Hohe Arbeitslosigkeit, großer migrantischer Bevölkerungsanteil und diverse Umweltprobleme: Zahllose industrielle Altlasten, Dioxin im Müllberg, massive stoffliche Immissionen und Lärm aus Hafen, Industrie und Verkehr. 2000 war dann der Gipfel der Negativschlagzeilen erreicht: u.a. war Schüler Volkan von einem Kampfhund totgebissen worden. Der Spiegel sagte ‚Bronx‘ zum Stadtteil.

Große ungenutzte Flächen sorgten für einen gewissen Ausgleich: Naturschutzfachlich waren nicht nur die bekannten Schutzgebiete von Bedeutung, sondern auch die alte Kulturlandschaft mit Gräben und Feuchtgrünland und auch die Spontannatur auf Freiflächen verschiedenster Art und Genese.

Events und Gesellschaften

IGA = Internationale Gartenbau-Ausstellung

Die Termine werden von einem Pariser Büro koordiniert und vergeben.

BuGa = Bundesgartenschau

Da Hamburgs Bewerbung für eine IGA vergeblich war, konnte nur eine BuGa durchgeführt werden. Ihr wurde der Name igs gegeben, was die Degradierung des Vorhabens weniger deutlich werden ließ.

igs = Internationale Gartenschau; eine BuGa mit internationalem Anstrich

Von allen deutschen Gewerk-Leistungsschauen sind Gartenschauen die einzigen, die gänzlich auf Staatskosten abgehalten werden. Dies leitet sich aus der Nachkriegszeit ab, wo mittels Gartenschauen zerbombte Städte wieder ansehnlich gemacht wurden. Insofern ist das „unerwartete“ Defizit nicht wirklich erstaunlich, sondern typisch: Heutige Gartenschauen lassen sich als Instrumente zur Privatisierung größerer Mengen öffentlicher Gelder verstehen (eine kritische Betrachtung unter: <<http://akuwilhelmsburg.blogspot.eu/igs/messe-der-gartenbau-industrie/>>).

IBA = Internationale Bauausstellung

Eine sehr deutsche Angelegenheit; im Idealfall wird durch einen Paradigmenwechsel eine neue Lösung für ein zumeist städtebauliches Problem gefunden. Ungeschützter Begriff; in jüngerer Zeit an mehreren Orten zu Marketingzwecken verwandt.

Für eine Stadt, die sich zum Unternehmen erklärt hat, bedeuten ungenutzte Flächen allerdings ein Verwertungsdefizit, das es zu beheben gilt. Nur: Die städtischen Brachgrundstücke ließen sich aufgrund des schlechten Images des Stadtteils kaum vermarkten; auch waren Mieterhöhungen im großenteils städtischen Wohnungsbestand kaum durchsetzbar, es wäre nur der Leerstand vermehrt worden. Hier galt es, eine Lösungsstrategie zu entwickeln. Vorweg gesagt: Es wurde auf Image-Werbung gesetzt anstatt auf das Bearbeiten der Probleme.

Schon um 1997 gab es in der damals noch eigenständigen Umweltbehörde die Idee einer nach Wilhelmsburg eingepassten IGA 2013, die dem Stadtteil einen Entwicklungsschub geben sollte. Die Bau- bzw. Stadtentwicklungsbehörde dagegen brauchte erst noch die „Hilferufe aus der Bronx“ des Jahres 2000, bis sie auf den Stadtteil aufmerksam wurde. Erst 2003 wurde der Sprung über die Elbe ausgerufen; es entwickelte sich die Idee einer IBA – zunächst durchaus noch als baubehördliches Gegenprojekt zur Umweltbehördenplanung.

2004 ist dann die Umweltbehörde Teil der Baubehörde geworden (BSU, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt). IBA und igs wurden nun gleichermaßen durch die dort angesiedelte Projektgruppe ‚Sprung über die Elbe‘ gesteuert. Die beiden Großevents dienten gleichermaßen der Vermarktungsförderung Wilhelmsburgs – oder auch ungleichermaßen: Manche Kritiker sprachen von der igs als der Petersilienabteilung der IBA.

Für beide Großevents wurden privatrechtliche Durchführungsgesellschaften gegründet: 2006 die 100% städtische IBA-GmbH, danach die Gartenschau-GmbH, zu 2/3

stadteigen. Letztere erhielt ca. 100ha städtische Ländereien in der Mitte der Elbinsel ‚anhandgegeben‘. Es handelte sich um den bereits existierenden Wilhelmsburger Park mit großen Kleingartenflächen, aber auch mit waldartigen Bereichen auf altem Beetgraben-Kulturland und Bracks und Gräben. 9ha waren von der Stadt gekaufte ehemalige Bahngelände, teils gewerblich genutzt, teils mit Pionierwald.

Die Anhandgabe ist eine rechtliche Hamburgensie: Investoren können städtische Immobilien eine Weile auf Probe besitzen, wenn sie sich nicht gleich zu einem Kauf entschließen mögen. In dieser Zeit hat der Investor eigentumsgleiche Rechte an den Grundstücken. Die Gartenschau allerdings sollte das Gelände am Ende nicht kaufen, sondern im Gegenteil: es für die Stadt verkaufen. Zum Teil jedenfalls. Dies ist verzögert, aber dank IBA-Nachhilfe, auch gelungen. Die verschiedenen, bunten, rechteckigen Gebäude gegenüber dem BSU-Neubau¹, die so schöne Namen tragen wie Smart Price Houses, Water Houses, Woodcube, aber auch das Wälderhaus sind erfolgreich vermarktete Teile der 100ha Gartenschauländereien. Das aus künstlicher planerischer Notwendigkeit in den Park hinein verlegte Schwimmbad war dabei eine wichtige (aber städtische) Ankerinvestition, an der die zögerlichen Investoren sehen sollten: Hier soll und kann wirklich gebaut werden – trotz unter anderem extremen Verkehrslärms, butterweichen Niedermoorbodens und der Tatsache, dass der Stadtteil immer noch Wilhelmsburg heißt.

Die Gartenschau als stadtplanerisches Experimentierfeld

IBA und igs sollten die Zukunft der Metropolen zeigen – worunter die Vermarktungsabsicht für die städtischen Ländereien etwas versteckt wurde. Für eine Stadt hat der öffentliche, unbebaute und grüne Raum einige Problematiken. So kostet er beispielsweise Geld.² Von diesem Geld wird gerne behauptet, dass es nicht mehr vorhanden sei. Umgekehrt soll es sein: Der Raum soll Geld erbringen, im Falle des Verkaufs einmalig oder durch eine profitorientierte Nutzung dauerhaft – etwa als Eventfläche.

Zum Anlocken der Investoren wurden nicht nur die realen Problemlagen durch das Zeigen schöner Bilder verdeckt. Ihnen sollten auch die konkreten Bauvorhaben erleichtert werden.

Das dabei nützliche Wirken der Gartenschau soll hier eingehender betrachtet werden, auch wenn sie schwer von der IBA zu trennen ist. Die beiden Event-Gesell-

¹ der auf gesetzlich geschützten Biotopen errichtet wurde, deren Zerstörung sich die BSU selbst genehmigte – eine andere Geschichte...

² Er würde nichts kosten, wenn er mit ‚Natur‘ gleichgesetzt würde, bzw. ihr überlassen würde. Etwa als Naturerfahrungsraum oder ganz ohne Titel. Das scheint in Hamburg allerdings gänzlich undenkbar zu sein. Grün wird planerisch immer als gestalteter und zu bewirtschaftender Raum verstanden. Zur verlorengegangenen Naturschutzfunktion des Stadtgrüns später im Text.



Abb. 1

Auch bei der Gestaltung der Gärten wird offenbar immer mehr auf die virtuelle Ebene gesetzt: Mit spannenden Texten und schönen Bildern in diversen Publikationen wurden die Gärten beschrieben. Das reale Pendant bestand oft nur aus Schotter oder den immer gleichen Baumarkt-Blumen. Foto: J. v. Prondzinski

schaften waren nicht nur personell verflochten.³

So war es denn auch nicht verwunderlich, dass sich die Gartenschau konsequent wegentwickelte vom Park des Gewinnerentwurfs, der den Wert der Fläche noch in ihrem Bestand sah, hin zu dem, was heute vorzufinden ist: Baufelder und ein Hochleistungspark zur (kommerziellen) Freizeitverbringung – und der hat eben keinen Platz mehr für Igel und Nachtigall, Sumpfwurz oder Eisenkraut: Das Bebauen von Freiflächen aber geht natürlich auf Kosten der Natur.

Solche Eingriffe haben dann nach Rechtslage eine Ausgleichsnotwendigkeit zur Folge (von der primär gebotenen Vermeidung spricht längst niemand mehr...). Eine begrenzte Stadt hat damit jedoch ein Problem, zumal, wenn sich auf viele der potenziellen Ausgleichsflächen ebenfalls Begehrlichkeiten nach Höherverwertung richten. Die Ausgleichsfrage gilt es also kreativ zu beantworten.

³ Die Geschäftsführer von IBA (Uli Hellweg) und igs (Heiner Baumgarten) waren kreuzweise ihre Stellvertreter. U. Hellweg trat von seinem igs-Amt allerdings zurück, als das „unerwartete“ Defizit publik wurde. H. Baumgarten war zuvor Fachamtsleiter für Stadtgrün in der Umweltbehörde/BSU und auch während der igs Vorsitzender des BUND Niedersachsen.



Abb. 2
Natur-Welten nach Vorstellung der igs. Foto: J. v. Prondzinski

Die Lösung des Naturschutzproblems für die Wachsende Stadt

Wer nach dem durchgeführten Ausgleich sucht, wird eine unübersichtliche, in zahllose Einzelverfahren aufgefaserte Situation vorfinden. Zum Teil wird er in Bebauungsplänen abgehandelt, derer es mehrere im Projektgebiet gibt. Diese B-Pläne wurden allerdings typischerweise im Stadium der Vorweggenehmigungsreife angehalten – ebenfalls eine rechtliche Hamburgensie: Die verschiedenen Interessen werden nicht zu Ende abgewogen, die Planwerke nicht zu Ende entwickelt, haben somit keine Rechtskraft, werden aber für ausreichend erklärt, um die von der Stadt oder dem Investor gewollten Vorhaben durchzugenehmigen. Spitz gesagt: Die Eingriffe finden im rechtsfreien Raum statt – Ausgleichsfestsetzungen werden grundsätzlich dennoch (ausreichend?) getroffen. Aber: was nicht beschlossen ist, kann auch nicht beklagt werden.

Das Gartenschaugelände ist zudem in zahlreiche Planungsbereiche aufgeteilt, die, wie auch verschiedene Einzelvorhaben, jeweils nach Eingriff-Ausgleichskriterien betrachtet wurden. Der Vorteil am Kleinteilen ist: Die Erheblichkeitsschwelle lässt

sich so unterschreiten – der Eingriff wird zum Eingriffchen und also unerheblich, beispielsweise nach dem Motto: Dem seltenen Brutvogel XY wird mit dieser Maßnahme nur ein kleiner Fleck genommen, er kann ja ein Stück weiter fliegen und da brüten. Im Falle der Gartenschau musste dieser Beispielvogel dann aber häufig erkennen: All die Flecken nebenan waren mit derselben Argumentation ersatzlos überplant worden. Eine Gesamtbewertung aller Eingriffe der igs wurde strikt vermieden.

Der dennoch unvermieden gebliebene Ausgleich wurde dann meist an immer wieder gleichen Orten untergebracht, zumeist im Grünland des Wilhelmsburger Ostens. Verkürzt gesagt wurde Grünland in Grünland umgewandelt, das dadurch aber wertvoller wurde. Es handelte sich meist um gesetzlich geschütztes Feuchtgrünland in städtischem Besitz, das durch unzulängliche Pflege degradiert war. Den vorherigen Zustand wiederherzustellen, der aufgrund des gesetzlichen Schutzes eigentlich dauerhaft hätte gewahrt werden müssen, und wofür die Stadt zu sorgen gehabt hätte – das wurde dann als Ausgleich für die Zerstörungen der Gartenschau gewertet.

Und da es sich um offenes Feuchtgrünland handelt, wurden dort weitere Bäume und Büsche gefällt, die selbst nun allerdings nicht mehr ausgleichspflichtig waren, sondern umgekehrt Teil des Ausgleichs wurden. Ohne den Kulturlandschafts- und Vogelschutz diskreditieren zu wollen: Hier ist das rechtliche Kunststück gelungen, den klimaschädlichen Grünvolumenverlust auf dem Gartenschaugelände (auch) durch weiteren Grünvolumenverlust andernorts auszugleichen!

Und auch bei der Berechnung wurde getrickst. Sie erfolgt nach dem Hamburger „Staatsräte-Modell“, das verschiedene Wertpunkte für verschiedene Biotoptypen je Flächeneinheit vorsieht.⁴ Im Maßnahmenempfangsgebiet verlorengegangene Wertpunkte können andernorts neuverteilt werden. Wenn ein Hektar Land, das mit 10 Wertpunkten eingeschätzt wird, gänzlich betoniert würde, könnten woanders z.B. 10 Hektar von 3 auf 4 Punkte verbessert werden, und der Eingriff gilt als ausgeglichen. Beim Festlegen dieser Wertigkeiten gibt es natürlich einen Spielraum... Wenn es günstiger ist, wird außerdem nicht das tatsächlich vorhandene Biotop bewertet, das weichen muss, sondern die (historische) Planausweisung. Der beseitigte Pionierwald auf ehemaligem Bahmland wurde so mit dem Standardwert für biologisch weitgehend totes Bahngelände bewertet. Der vorher naturnahe, waldartige Park erfordert keinen Ausgleich, wenn die daraus neugeschaffenen vegetationslosen Flächen (Verkehrerschließung, Sportanlagen, Konzertbühnen, Gastronomie...) ebenfalls als Park deklariert werden.⁵

Sogar gesetzlich geschützte Biotope sind eine Sache der Relativität: Ein Sumpfwald

⁴ Zur Handhabung dieser Planungsrichtlinie – übrigens eine weitere Hamburgensie – siehe <http://www.isebek-initiative.de/uploads/sn/FHH_990712_Handhabungshinweise_Staatsraetemodell.pdf>.

Das Staatsrätemodell wurde schon früh heftig aber folgenlos kritisiert: Schulze, Hans-Detlef: Äpfel und Birnen: auch in Hamburg sollen Planer nun den Wert der Natur benoten. In: Garten + Landschaft: Zeitschrift für Landschaftsarchitektur 102. 1992, 1, S. 19-22 : III.

⁵ Das Hamburger Abendblatt wirft auf Teilaspekte der Ausgleichsproblematik einen Blick: <<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article2243065/Ausgleichsflaechen-werden-knapp-Tricksereisteigt.html>>.

fällt solange trocken, bis er „von selbst“ weitgehend den Schutzstatus verliert und auf diesem Wege den Ausgleichsbedarf reduziert.

Auch außerhalb des igs-Geländes diente die Gartenschau als Mittel zur Naturzerstörung. Da der neue (grünzerstörende) Parkplatz im Hafen nah des Reiherstiegs während der Gartenschau für 3 Tage dem Dockville-Event (Konzert mit Kunst im Hafen)⁶ zur Verfügung gestellt werden sollte, wurde der letzte naturnah bewachsene Bereich in der Wilhelmsburger Mitte für einen zweiten igs-Großparkplatz planiert (der dann alleinig genutzt wurde). Um den Ausgleich wurde sich wiederum weitgehend gedrückt: Der neue B-Plan wurde frühzeitig, noch vor der Vorweggenehmigungsreife wieder angehalten, um die historische Planausweisung als Industriegebiet bzw. Sportplatz zur Relativierung der vorhandenen ökologischen Wertigkeit zu nutzen. Der Parkplatz war dann zwar nicht plankonform, aber er wurde einfach durch eine Ausnahmegenehmigung legalisiert. Letztendlich wurde hier von der Gartenschau (auf ihre Kosten) unter Umgehung eines angemessenen Ausgleichs die Vorbereitung einer weiteren Logistikfläche in der Mitte der Insel unternommen.⁷

Für den gebauten, aber nie genutzten ersten Parkplatz am Reiherstieg dagegen haben igs und Hafenverwaltung vereinbart, auf den Ausgleich einstweilen gänzlich zu verzichten. Den Ausgleich nämlich soll später einmal der Investor leisten, der diese Fläche irgendwann beispielweise zum Stapeln von Containern übernimmt. Wenn sich denn einer findet – und vor allem: Wenn sich dann noch jemand an diese Vereinbarung erinnert.

Beispiel Bäume

So wie planerisch im Allgemeinen vorgegangen wurde, war es auch im Speziellen anzutreffen.

Bäume sind zwar nicht das einzige, was vernichtet wurde, sind aber ein Teilaspekt, der deutlich macht, wie der Umgang mit Umwelt-Schutzgütern in der Realität war. Dank parlamentarischer Anfragen gibt es hier immerhin „offizielle“ Zahlen (igs: 3353, IBA: 1789 Bäume). Wie viele Bäume tatsächlich gefällt wurden, ist unbekannt. In den verschiedenen Angaben sind typischerweise nur Bäume von mehr als 25cm Stammdurchmesser erfasst.⁸

⁶ Über den Hafen & das Eventwesen und ihre Wirkung auf gesetzlich geschützte Biotope: v. Prondzinski (2010): Die Brache am Fährstiege... Ber. Botan. Verein 25, 83-85. <<http://www.botanischerverein.de/berichte-detailansicht/items/lebermoose-und-farne-elbendemiten-truemmerflora-adventiv-und-ruderalflora-naturschutz-104.html>>.

⁷ s. auch: <<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article2206688/Neue-Parkplaetze-statt-Platz-fuer-Tiere.html?cid=hamburg>>.

⁸ Trotz der generell positiven Berichterstattung zeigte sich sogar das Hamburger Abendblatt entsetzt: <<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article2206647/Hamburg-faellt-2000-Baeume-fuer-die-Gartenschau.html?cid=hamburg>>; <<http://mobil.abendblatt.de/hamburg/article2206651/Politik-wie-die-Axt-im-Walde.html?cid=hamburg>>.

Für die Schaffung einer „Neuen Mitte“ des Stadtteils wurden also durch IBA und igs sowie durch angelockte Investoren und mit Unterstützung des Bezirks insgesamt wohl 5000-6000 Bäume gefällt. Wesentlichen Anteil daran hatte die igs. Die genauen Verantwortlichkeiten verschwimmen allerdings, da das ursprüngliche Gartenschau-gelände ja teilweise von der IBA entwickelt wurde und auch mehr oder weniger unab-hängige Investoren im Gelände auftauchten, die etwa die Kletterhalle oder das Wälder-haus errichteten.

Die Fällungsgenehmigungen wurden entsprechend der schon geschilderten Auffase-rung in Planungsbereiche und Einzelvorhaben kleinteilig beantragt – und das auch oft noch zeitlich gestaffelt mehrmals im Jahr. Immer wenn es igs oder IBA gelang, ein Stück Gartenschauland zu verkaufen, das noch nicht vollständig „abgefällt“ worden war, trat zudem der Investor als Antragsteller auf. Zusätzliche Fällungen sind hinzuge-kommen, da während der Bauarbeiten sich weitere Bäume als störend erwiesen oder aus Versehen irreparabel beschädigt wurden. Weitere Fällungen wurden erst durch Zu-fallsbeobachtungen bekannt und mussten nachgenehmigt werden, oder sie wurden mit „Altgenehmigungen“ begründet. Generell gibt es nach Abschaffung der Naturschutz-referate keine klar definierte Stelle im Bezirk, die die Genehmigungen erteilt. (Aller-dings gab es durchaus engagiertes Personal, was das strukturelle Defizit leider kaum ausgleichen konnte.) Anfangs wurde sogar versucht, die Fällungen der igs aufgrund ihrer privaten Rechtsnatur als nichtöffentliche Angelegenheit zu behandeln. Die Gesamtsituation ist somit völlig undurchsichtig.

Der Baum-Ausgleich wurde oft für nicht notwendig erachtet. Wenn etwa Bäume ‚zu dicht‘ stehen, werden Fällungen als ‚Bestandspflege‘ deklariert und sind damit aus-gleichsfrei. Das Durchforstungsprinzip ist ja prinzipiell nachvollziehbar, eröffnet aber einen großen Interpretationsspielraum, ebenso der Grundsatz, dass (fast) tote Bäume keines Ausgleichs bedürfen.

Mit der verbliebenen Ausgleichsverpflichtung wurde flexibel umgegangen: Ein Großteil der neu gepflanzen Bäume findet sich abgeschoben und kulturlandschafts-fremd in einer Baumsammlung auf einem Spülfeld am Rande des Stadtteils (am Rande der Stadt) am Stillhorner Weg.

Andere Ersatzpflanzungen finden sich im Gelände der igs in dichter Aufstellung, chancenlos verschattet direkt unter den verbliebenen Bäumen. Weitere Pflanzungen werden für die Zukunft versprochen – wer auch immer sie umsetzen mag. Schließlich wird der Rest der Ersatzverpflichtung durch Geldzahlung abgelöst.

Überdies könnte von einem echten Ausgleich – und insbesondere vom nachfolgend thematisierten Umweltnutzen – nur gesprochen werden, wenn nicht die Zahl der Bäu-me verrechnet würde, sondern das real verlorengegangene Grünvolumen.

Weitere Aspekte der igs: Positive Umweltfaktoren wurden ersatzlos vernichtet

- **Der menschliche Lebensraum:** Wilhelmsburg galt als grün – was zumindest eine gewisse Entschädigung bzw. Abpufferung war für die Belastungen durch Hafen / Schiffsabgase, Verkehr und die aktuell vielen Baustellen. Das Kohlekraftwerk Moorburg und die geplanten zusätzlichen Autobahnen, nämlich die verlegte und verbreiterte Wilhelmsburger Reichsstraße und die Hafenuerspange, drohen aber an, dass sich die Umweltsituation in Wilhelmsburg weiter verschlechtern wird. Viele stadthygienische Funktionen, wie etwa die Staub- und Schadstoffbindung, die Pufferung klimatischer Effekte, der Schutz vor optischem Lärm, reale Erholungsfunktionen, darunter die psychische Gesundheitswirkung von Grün und Natur, sind aber jetzt durch die Maßnahmen der igs ersatzlos beseitigt. Offenbar wurde jedoch versucht, das real abhandengekommene Grün durch entsprechend verbreitete virtuelle Images zu ersetzen: „Wilhelmsburg ist grün!“ oder „Wilhelmsburg hat einen wunderschönen Park bekommen“ – obwohl doch der alte, naturnahe nun vernichtet ist. Die igs versuchte dabei, den Eindruck zu erwecken, aus einer nutzlosen Brache wertvolles Grün geschaffen zu haben. Immer wieder wird deutlich, dass die realen Lebensbedingungen der Menschen an Bedeutung verlieren gegenüber der Vermarktbarkeit der Stadt.
- **Verlust von Kleingärten:** Etwa 200 Kleingartenparzellen wurden für die igs geplant: Immerhin weitgehend unversiegelter Lebensraum für diverse Organismen und Gelegenheit zur Erholung mit Natur-Erfahrungen.
- **Verlust an Lebensräumen von Pflanzen und Tieren:** Viele wurden weitgehend ersatzlos zerstört – der Artenschutz wurde durch die schon genannte Kleinteilung der Planung effektiv ausgehebelt.
- **Mögliche klimaschädliche Absenkung der Grundwasserstände:** Das Ausmaß der Freisetzung des Treibhausgas CO₂ aus den Niedermoor-Böden durch temporäre oder dauerhafte(?) Absenkung des Grundwasserstandes wurde nirgends bilanziert.
- **Bodenschutz findet nicht statt:** Die flächendeckende Aufschüttung mit Abraum aus anderen Großbaustellen ist keiner zugänglichen Planunterlage zu entnehmen. In den eilig im Auftrag der igs zur Vorweggenehmigungsreife entwickelten B-Plänen gibt es zum Boden keine Aussage, was seitens der igs als Begründung genommen wurde, weder Schäden zu vermeiden, noch einen Ausgleich für die Vernichtung der natürlichen Bodenfunktionen leisten zu müssen.
- **Die historische Kulturlandschaft** mit ihren über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen wie alten Deichlinien, Beetgräben und Wettern wurde durch Überschüttung und Überformung egalisiert und in eine am Schreibtisch erfundene Modellandschaft umgewandelt, ohne Beziehung zur Geschichte, aber geeignet für

kommerzielle Nutzungen und spätere Überbauung. Ein kulturlandschaftsfremder, winklig ins Gelände geschnittener Kanukanal sollte nicht als Eingriff gewertet werden, sondern nur als Ertüchtigung des bestehenden Oberflächenentwässerungssystems. Die vorgesehene touristische Nutzung wurde zunächst verschwiegen. Der Bezug auf die bestehenden Bracks und Teiche bleibt weiterhin kritisch, denn ihre Funktion als Brutreviere ist gefährdet, wenn zahlreiche Wassertouristen dort ihren Freizeitsport ausüben. Die Dimensionierung des Kanals lässt zudem den Verdacht aufkommen, dass eine weitere Versiegelung und Bebauung des Gartenschaulands geplant ist. Zudem hat sich das Wasser des Kanals gleich im April 2012 in einen Algenbrei gewandelt, mutmaßlich durch Mineralisation des entwässerten Bodens – ein Beispiel für „unerwartete“ Folgen von unüberlegten und von Einzelinteressen geleiteten Eingriffen in gewachsene Ökosysteme.

Marktkonforme Umgestaltung des Stadtgrüns

Die Gestaltung des unverkauft gebliebenen Gartenschaulandes entspricht ganz der „Qualitätsoffensive Freiraum“, die bei Heiner Baumgartens ehemaligem Arbeitgeber, der Umweltbehörde/BSU, entwickelt wurde. Diese Offensive sieht für das verbliebene öffentliche Grün die Umwandlung in pflegekostenminimierte intensiv nutzbare Freizeitverbringungsstätten vor, in denen für Naturschutzfunktionen kein Platz mehr ist.

Dazu wird ein Trend behauptet, dem die Politik nachkommen müsse: In der Freizeit seien Trendsportarten und Events gefragt. Dafür wird eine belast- und vermietbare Infrastruktur in die Grünanlagen gebaut.

Ein wichtiges Stichwort für die Schaffung von Freiflächen heißt „Sichtachsen“. Was landschaftsarchitektonisch sinnvoll sein kann, etwa zur orientierenden Herausstellung markanter Orte, wurde in Wilhelmsburg zur Begründung für flächige Rodungen. Die Fadenscheinigkeit des Zwecks wird bei der Betrachtung der neuen Sichtachsen deutlich: Von Verkehrsachse zu Verkehrsachse geblickt offenbart sich am Ende nur optischer Lärm.⁹

Die so geschaffenen Flächen sind nun nicht nur für diverse Intensivnutzungen oder zukünftige Bebauung geeignet, sondern ganz nebenbei wird auch noch „Kriminalitätsprävention“ durch optimale Überwachbarkeit des Geländes erreicht. Bei der Gestaltung des öffentlichen Grüns darf in Hamburg auch die Polizei mitentscheiden.¹⁰

Angesichts des zunehmenden Verlusts von Sportplätzen, die von Stadt und Vereinen für den Wohnungsbau verkauft werden, entwickelte die igs die „Lösung“: Die Marke ParkSport (urheberrechtlich geschützt!). Sportvereine werden angeregt, ihre „Outdoor“-Sportaktivitäten in die öffentlichen Grünanlagen zu verlegen. So wird ganz nebenbei eine neue Verhaltensnorm eingeführt: Sich körperlich fit zu halten ist zuneh-

⁹ Eine Stimme zur Landschaftsarchitektur (und weitere Wertungen der igs) im Wilhelmsburger Inselrundblick: <<http://inselrundblick.de/Archiv/2013/2013%2010.pdf>> (Seite 4).

¹⁰ Siehe beispielsweise: <<http://www.isebek-initiative.de/archives/22-Polizei-plant-Stadt.html>>.

mend nicht mehr eigenständig und kostenlos denkbar, sondern findet organisiert und kommerziell in Grünanlagen statt. Diese werden dafür entsprechend umgestaltet und an Sportvereine vergeben – womit eine schleichende Privatisierung stattfindet.¹¹

Dieser Wandel entspricht auch ganz dem, was Baumgarten seit 10 Jahren in Fachkonferenzen namens GRÜN | MACHT | GELD (Motto 2012: SPORT | MACHT | GRÜN) verhandelt, egal, ob als Behördenmitarbeiter oder zuletzt als Chef der Gartenschau: Das neoliberale Am-Markt-Platzieren des öffentlichen Grüns. Ruheplätze für gestresste Menschen oder Lebensraum für selten gewordene Arten gelten auch in dieser Denkschule als nicht verwertbar und müssen entfallen. Solches Handeln scheint Preiswert zu sein: Heiner Baumgarten erhielt 2010 von der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft den „Goldenen Ginkgo“. Die echten Bäume dagegen haben das Nachsehen.

Für den „Volkspark des 21. Jahrhunderts“, den die Gartenschau hinterließ, ist keine dauerhafte öffentliche Finanzierung gesichert, es wird lediglich ein dahingehender „Wille“ bekundet. Weitere direkte oder indirekte Privatisierungen durch Bebauung und Vermehrung kommerzieller Nutzungen dürften sich dann als „Ausweg“ anbieten. Unter anderem ist schon eine Stelle für Event- und Marketingmanagement für das Parkgelände vom Bezirk ausgeschrieben. Ein Landesbetrieb, der die städtischen Grünanlagen gewinnorientiert oder zumindest kostenneutral betreiben soll, ist in der Diskussion.

Der Zaun, dessen Abbau für nach der Gartenschau versprochen war, steht noch, und derzeit wird das Gelände nachts mit Hinweis auf „Vandalismus“ verschlossen. Dies geschah zunächst angeblich auf Wunsch der Bevölkerung, dann auf Wunsch Heiner Baumgartens, schließlich durch Beschluss der Bezirksverwaltung. Tagsüber sind die Eingangstore zu unregelmäßigen Zeiten halb geöffnet, und der Sicherheitsdienst patrouilliert. Dass so der Eindruck eines Privatgeländes bleibt, dürfte nicht unabsichtlich sein.

Unter diesem Aspekt wird die Ansage der IBA/igs ernst gemeint gewesen sein, nämlich die Zukunft der Metropolen zu zeigen – oder etwas heruntergebrochen: Die Zukunft der Hamburger Grünanlagen zu gestalten – als kommerziell bewirtschaftete Freizeitverbringungsstätten mit beschränktem Zugang.

Der Umgang mit Betroffenen

Zur Akzeptanzförderung gab es eine Zusammenarbeit mit Schulen. So durften Kinder der ersten Schuljahre aussuchen, welche Bäume gefällt werden sollten, oder sie wurden selbst zu kleineren Rodungsarbeiten herangezogen. Hinterher war dann doch alles kahl und das Entsetzen groß¹² – auch über den Graureiher Fritzi, der nach seinem zugeschütteten Nahrungsbiotop suchte. Ein Baum, in den Kinder Wunschkärtchen

¹¹ Beispiel-Quelle: <<http://blog.sportclub1.de/2012/05/11/scala-nimmt-an-der-aktion-parksport-teil/>>.

¹² Dokumentation der Protestpostkarte: <<http://www.buergerdialoge.de/?p=739>>.

hängen durften, ist noch vor der Schau-Eröffnung gefällt worden. LehrerInnen, die aus der Kooperation wieder ausstiegen, wurden, wie zu hören war, von der Schulleitung unter Druck gesetzt – das Senatsprojekt hatte lange Arme...

Über das schikanöse Verhalten von igs und ihren Sicherheitsdiensten gegenüber den InhaberInnen der im Gelände verbliebenen Kleingärten berichtete die örtliche Presse.¹³

Für die anwohnende Bevölkerung bedeutete die igs, dass schon seit April 2012 das gesamte Grünflächenareal in der Wilhelmsburger Mitte vollständig abgezaunt war. Naherholung musste aussetzen. Auch war ein Spielplatz – der einzige für die Wohngebiete im Südwesten des Stadtteils – hinter dem Zaun ersatzlos verschwunden.¹⁴ Hier wird wieder deutlich: Bei der Umstrukturierung spielen die Bedürfnisse der existierenden Bevölkerung keine Rolle.

Der Verbands-Naturschutz

Wie sich die Verbände gegenüber der Gartenschau verhalten haben und was die Gründe dafür sein mögen, wäre eigentlich eine eigene Betrachtung wert.¹⁵ So erscheint es doch zumindest erstaunlich, wie wenig sich die Verbände um die igs gekümmert haben, und wie wenig sie die Perspektive gewürdigt haben, dass die Instrumente, die bei der igs zur Umgehung des Naturschutzes genutzt wurden, zukünftig auch andersorts zur Anwendung kommen werden. Der BUND Hamburg fand dabei noch immer die deutlichste Kritik an der igs – trotz der Tatsache, dass ein Verbandskollege die Geschehnisse auf der igs zu verantworten hatte. Diese Tatsache ermöglichte es den örtlichen Medien allerdings auch, bei der Berichterstattung zur Gartenschau darauf hinzuweisen, dass es ja ein Naturschützer sei, in dessen Verantwortung Bäume und geschützte Biotope auf der Elbinsel vernichtet würden.

Fazit

Auf der igs wurden Naturschutz und Ökologie weitestgehend ausgeblendet. Die „Naturwelten“ auf dem Gelände bestanden aus technischen Fantasien, wo eigentlich geschützte Röhrichtflächen auf vormaligem Feuchtgrünland hätten stehen können. Die einzige ernsthafte Behandlung ökologischer Fragen fand in einem nachgeschalteten Kunstprojekt statt: „Freie Flußzone Süderelbe“ von Till Krause.

Die Abschaffung einer eigenständigen Umweltverwaltung in Hamburg war offen-

¹³ So etwa <<http://www.elbe-wochenblatt.de/wilhelmsburg/lokales/kein-durchgang-fuer-kleingaertner-d18008.html>>.

¹⁴ Bspw.: <<http://www.wilhelmsburgonline.de/2013/04/unmut-am-gartenzaun/>>.

¹⁵ Unter dem Link der Isebek-Initiative <<http://tinyurl.com/mkx86ws>> findet sich ein Ausschnitt des Buchs „Unternehmen Wilhelmsburg“ (Assoziation A), wo die Thematik auf den Seiten 7 und 8 gestreift wird.

sichtlich sehr förderlich für eine gegenüber Natur und Umwelt rücksichtslose Gartenschau: Die Naturschutzreferate in den Bezirken sind aufgelöst und unter anderem untergebracht bei der Wirtschaftsförderung. Die Umweltbehörde ist in die Bau- und Stadtentwicklungsbehörde eingegliedert. Der nun als „Querschnittsaufgabe“ verstandene Naturschutz wird bei der Interessenabwägung ohne eigene Vertretung nur zu häufig als lästige Komplikation verstanden und zur Erleichterung des jeweiligen Vorhabens weggewogen.

Unter diesen Umständen zeichnet sich als Trend für das gesamte Hamburger Grün genau das ab, was die Internationale Gartenschau als Botschaft und Zukunftsversprechen so deutlich vermittelt hat: Weg mit der unprofitablen Naturschutzfunktion – hin zu einer kommerziellen Intensivnutzung.

Diese Fehlentwicklung zurückzudrehen wird ein hartes Stück Arbeit sein.